

Inland (INLAND)

Gemeinden haben Schlüsselfunktion

LA 21 am Beispiel der Burgdorfer Mobilitätskonzepte

Seit der Konferenz von Rio sind die Gemeinden aufgefordert, eine lokale Agenda 21 (LA 21) zu erarbeiten, um damit eine nachhaltige Entwicklung in Gang zu bringen. In der Schweiz kommt dieser Prozess nur harzig voran. Zu den Ausnahmen gehört der Kanton Bern, dessen Gemeinden zum Teil neue Wege beschreiten. An einer Tagung in Thun wurde kürzlich das Burgdorfer Mobilitätskonzept vorgestellt und diskutiert.

vö. Der zunehmende motorisierte Pendlerverkehr widerspricht nicht nur den energie- und klimapolitischen Zielen der Schweiz. Das aufs Auto konzentrierte Mobilitätsverhalten beeinträchtigt vor allem die Lebensqualität in den Agglomerationsgemeinden. Mittlerweile versuchen manche Kommunalbehörden, die Ortszentren mit Temporeduktionen, der Stärkung des öffentlichen Verkehrs oder der Förderung von umweltfreundlichen Verkehrsmitteln auch für Fussgänger attraktiv zu gestalten. Bezüglich Umsetzungsgrad bestehen jedoch grosse Unterschiede, wie die Tagung «Gemeinden lernen von Gemeinden» in Thun aufzeigte. Während die «Fussgänger- und Velomodellstadt» Burgdorf ausser einer Begegnungszone bereits weitere innovative Projekte lanciert hat oder die Gemeinde Langenthal über Tempo 40 auf Hauptstrassen diskutiert, herrscht in anderen Berner Gemeinden bezüglich Eindämmung des motorisierten Verkehrs immer noch absolute Funkstille.

Gemeindekompetenzen ausschöpfen

Über die Notwendigkeit von Mobilitätskonzepten waren sich die Tagungsteilnehmer einig. Doch stand die Frage im Raum, ob statt weicher Strategien wie Temporeduktionen oder Veloparkplätzen nicht nach ganz neuen Ansätzen gesucht werden müsste - gehe es doch darum, das Mobilitätsverhalten grundsätzlich zu ändern. «Ein explosionsartiges Umdenken bei den politischen Entscheidungsträgern würde solche Einzelmassnahmen erübrigen», sagte ein Exekutivpolitiker. Niemand zweifelte daran, gleichzeitig war aber klar, dass in der Schweiz nur mit kleinen Schritten ein nachhaltigeres Mobilitätsverhalten zu erreichen ist. Eine Schlüsselrolle kommt dabei den Gemeinden zu, die - wie an der vom Kanton organisierten Tagung mehrfach betont wurde - ihre Kompetenzen nicht nur im Mobilitätsbereich besser ausschöpfen sollten. Um die rund 50 anwesenden Behördenvertreter zu motivieren, wurden am Beispiel der «Fussgänger- und Velomodellstadt» Burgdorf mögliche Wege zu einer nachhaltigeren Mobilität skizziert.

Burgdorfer Flanierzone im Test

Die Modellstadt-Idee hat 1994 ein Projektteam des damaligen Bundesprogramms Energie 2000 (heute Energie Schweiz) entwickelt. Ziel war ein «rechtsfreier Raum für Fussgänger- und Velomassnahmen», der zwischen 1995 und 2001 in den beiden Pilotgemeinden St-Blaise (NE) und Burgdorf getestet wurde. Ausschlaggebend für den Entscheid zugunsten der Kleinstadt am Eingang zum Emmental war vor allem die Bereitschaft des Gewerbes zur Zusammenarbeit. Dieses wurde in die breit abgestützte Projektkommission eingebunden, die mit der Organisation der neuen Flanierzone betraut

wurde. Aufgrund der erfolgreichen Testphase von Tempo 20 bei gleichzeitigem Vortritt für Fussgänger im Bereich des Bahnhofs Burgdorf schuf der Bundesrat die neue gesetzliche Bestimmung «Begegnungszone», die seit 1. Januar 2002 in der Schweiz in Kraft ist und den Gemeinden die Einrichtung von Zonen mit Tempobeschränkung erleichtert.

Während der mittlerweile abgeschlossenen ersten Phase der «Fussgänger- und Velomodellstadt» hat Burgdorf nicht nur seine Flanierzone legitimiert. Gleichzeitig lancierte die 15-köpfige Projektorganisation, deren Trägerschaft Stadtrat und Gemeinderat bilden, zunächst ebenfalls als «Bierideen» empfundene Angebote wie einen Velo-Hauslieferdienst oder die Mobilitätsberatung von Sportvereinen. In der kürzlich gestarteten zweiten Phase wurden die Projekte Mobility im Quartier, Ökobonus für Fussgänger und Velofahrerinnen, Mobilitätskurse für Senioren oder die Förderung von Elektro-Velos aufgegleist.

Kommunikation verbessern

Wie der Erfahrungsaustausch unter den Tagungsteilnehmern in Thun zeigte, spielt bei der Lancierung von Projekten zur Förderung der Nachhaltigkeit die Kommunikation mit der Bevölkerung eine zentrale Rolle. Auch bei den weiteren an der Tagung präsentierten Beispielen mit Pioniercharakter aus den Bereichen Finanzpolitik oder Tourismus waren die persönlichen Kontakte, das Schaffen von Vertrauen und vor allem der Durchhaltewillen ausschlaggebend für den Erfolg. Gross ist offenbar das Bedürfnis der Gemeindebehörden nach Unterstützung und Beratung seitens der übergeordneten Fachstellen.

Um die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden im Bereich Nachhaltigkeit zu verbessern, hat das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) vor zwei Jahren das Forum Nachhaltige Entwicklung ins Leben gerufen. Angesichts des vom Bundesamt für Raumentwicklung gesteckten Ziels ist der Handlungsbedarf im Bereich Nachhaltigkeit beträchtlich: Bis Ende 2003 sollen laut ARE 70 Prozent der Kantone Massnahmen zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung lanciert haben und 25 Prozent der Wohnbevölkerung in einer Gemeinde leben, die einen entsprechenden Prozess lanciert hat. Bisher haben die Kantone ihre Rolle allerdings unterschiedlich wahrgenommen.

Die Führungsrolle des Kantons Bern

Eine Führungsrolle hat der Kanton Bern übernommen. Rund ein Viertel der Bevölkerung sei bereits von nachhaltigen Projekten betroffen, sagte Daniel Klooz, Vorsteher der Koordinationsstelle für Umweltschutz. Diese Erfolgsmeldung hat mit dem Entscheid des Kantons Bern zu tun, die Unterstützung der lokalen Agenda 21 als Massnahme in den kantonalen Richtplan aufzunehmen. Mit Informationsveranstaltungen wie der Tagung «Gemeinden lernen von Gemeinden», finanzieller Unterstützung, Rahmenkonzepten, Hilfsmitteln zum Beurteilen der Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene oder individuellen Angeboten leistet der Kanton Bern einen beispielhaften Beitrag zur Umsetzung der Vision einer nachhaltigen Entwicklung.

LA 21 im Vollzugsnotstand

vö. Die Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung auf globaler und lokaler Ebene ist 1992 an der Uno-Weltkonferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro formuliert worden. Damals einigten sich die Staaten auf einen umfassenden Aktionsplan mit Massnahmen zur Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung im 21. Jahrhundert unter dem Namen «Agenda 21». Gemäss Brundtland-Bericht muss eine nachhaltige Entwicklung gewährleisten, «dass die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen».

Dabei ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Bedürfnissen der Wirtschaft, der Umwelt und der Gesellschaft anzustreben. Die «Agenda 21» verweist auf die Schlüsselrolle der Lokalbehörden und fordert alle Gemeinden auf, bis 1996 eine «Lokale Agenda 21» auszuarbeiten. Auch in der Schweiz ist dieses Ziel noch längstens nicht erreicht. Seit 1998 ist das Nachhaltigkeitsprinzip in der Bundesverfassung verankert. Im März 2002 hat der Bundesrat die «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002» veröffentlicht. Jetzt liegt der Ball bei den Gemeinden. Sie sind für den Vollzug verantwortlich.